

titel

# Aus dem Alltag eines Politikwissenschaftlers in der Praxis

Referat von Claude Longchamp, Politikwissenschaftler,  
Verwaltungsratspräsident und Institutsleiter gfs.bern,  
Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich

an der Seniorenuniversität Schaffhausen am 22. Februar 2010



## **Einleitung**

Meine sehr verehrten Damen und Herren

In unserer Firma beginnt der Alltag um 8 Uhr 30. Einige sind jeweils schon früher da, andere kommen vielleicht etwas verspätet. Das garantiert ihnen einen ersten Augenaufschlag meinerseits. Doch dann beginnt die Arbeit.

Das heisst nicht, dass vorher nicht auch gearbeitet würde. Denn gelegentlich fängt mein Arbeitsalltag um 2 Uhr 30 an. Dann nämlich, wenn ich mitten in der Nacht erwache, einen Geistesblitz oder eine Schrecksekunde habe, die mich unmittelbar aktiv werden lässt. Das ist für meine Partnerin nicht immer ganz einfach, weshalb ich eine Weile lang auch gleich aufstand, um meine Ideen mitten in der Nacht aufschreiben zu gehen. Zwischenzeitlich mache ich das kaum mehr und ich bin froh darum.

So beginnt mein Arbeitsalltag meist doch um 8 Uhr 30. Als Erstes mache ich die Post, per Brief und per Mail. Vieles ist erfreulich; zum Beispiel Anfragen für Projekte. Anderes kann auch mühsam sein; zum Beispiel Leute, die sich beschweren. Doch hält sich das in engen Grenzen. Meine Aufgabe ist es, Dringendes von Wichtigem zu unterscheiden. Letzteres mache ich selber, Ersteres delegiere ich an meine MitarbeiterInnen.

Nach einer Stunde ist meist alles erledigt. Dann wende ich mich von äusseren Anreizen ab, und beschäftige mich mit den inneren. Zum Beispiel den Besprechungen mit meinen Projektleitern. Organisatorische Fragen müssen geklärt werden, gelegentlich stehen auch gleich schon inhaltliche an. Am liebsten habe ich es natürlich, wenn wir Offerten besprechen können, denn nur das sichert zukünftige Aufträge.

Immer wieder gibt es auch Studierende, die Auskunft vom Experten wollen. Zum Beispiel über die Volkswahl des Bundesrates. Meine Aufgabe ist es nicht, solche Ideen zu empfehlen oder zu verwerfen. Ich will aber herausfinden, was Vor- und Nachteile eines solchen Verfahrens sind: Für die BürgerInnen, für das Parlament, für die Politik. Ich frage auch, was die Vergleichsbeispiele sind, in den Kantonen und im Ausland. Und ich versuche zu ergründen, wie ein bestimmtes Verfahren das Ergebnis mitbestimmt, was für ein Typ Bundesrat im Parlament Chancen hat und wie sich das ändern würde, wenn wir alle mitwählen würden.

Nicht selten ist dann schon Mittag. Ich gönne mir, wenn immer möglich, mindestens eine Stunde Pause. Wenn es kalt ist, brauche ich etwas Warmes in den Magen. Doch wenn es warm ist oder wird, zieht es mich in die Stadt. Ich bin in meiner Freizeit nämlich der Berner Stadtwanderer. Reisende haben ein Ziel, sie wollen nach Zürich, Venedig oder Buenos Aires. Bei Wanderern ist der Weg das Ziel. Sie wollen auf ihrem Weg etwas entdecken, was andere bisher übersehen haben. Und so mache ich mich auf, etwas in der Architektur der Stadt, im Wesen ihrer Menschen, in den Lebens- oder Stadtgeschichten zu ergründen. Letzte Woche war der Todestag unseres Stadtgründers Berchtold von Zähringen. Und mich interessiert das Leben seiner Frau Clementia, die es als letzte Zähringerin in den Erbstreitigkeiten nicht einfach hatte.

Am Nachmittag will ich nach Möglichkeit schreiben: Berichte, Zusammenfassungen, oder einen meiner fast täglichen Blogbeiträge. Forschung ist nicht nur Tüfteln, Forschung ist,

Erkanntes zugänglich zu machen. Mein Ziel ist es, Forschung und Erkenntnisse daraus so darzustellen, dass unsere Kunden oder die normalen BürgerInnen es auch verstehen. Denn ohne die Rückmeldungen aus dem Kreis der Interessierten macht Forschung keinen Sinn. Und bei mir zählt, dass es möglichst viele Interessierte gibt.

Immer wieder kommt es auch vor, dass wir direkt zu einem Kunden gehen. Beispielsweise ein Unternehmen in der Region, das genau das macht, was man nicht von ihm erwartet. Paradoxe Intervention nennt man das, und in der Regel zeigt ein solches Verhalten Wirkungen auf das Image. Diese für unseren Kunden zu analysieren gehört auch zu unseren Aufgaben.

Mein Arbeitsalltag schliesst meist um 17 Uhr 30. Wenn ich viel erlebt habe, brauche ich jetzt ein Bier. Etwas Ruhe. Oder Zerstreuung. Denn wenn mir das alles fehlt, erwache ich mit Sicherheit um 2 Uhr 30, um den Vortag zu verarbeiten.

### ***Politikwissenschaft heute: Was ist das?***

Soviel zum Alltag. Doch mein Thema heisst: Aus dem Alltag eines Politikwissenschaftlers. Also muss ich auch über Politikwissenschaft einleitend etwas sagen. Das Fach hat verschiedene Ursprünge. Einer ist in der Antike, und da ging es noch um die Frage, was gute, richtige Politik sei. Seit dem späten 19. Jahrhundert ist man skeptischer, ob man das als Wissenschaftler überhaupt beantworten kann. Denn es sind normative Fragen, auf die es keine Antworten ausserhalb von Zeit und Ort gibt. Vielmehr stellt man sich in der Wissenschaft empirische Fragen, die aus den gesammelten und systematisierten Erfahrungen anderer Antworten schöpfen. Die moderne Politikwissenschaft kennt ihre Geburtsstunde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist ein Teil der Hoffnung, eine bessere, friedlichere Politik erzielen zu können.

Die bekannteste Politologin in der Schweiz ist Micheline Calmy-Rey, unsere gegenwärtigen Aussenministerin. Die Walliserin studierte in Genf Internationale Beziehung, wandte sich danach aber dem Buchhandel zu. Der brachte sie in die Politik, in den Genfer Regierungsrat und in den Schweizer Bundesrat. Nicht unerwähnt bleiben darf sicher auch der berühmteste Politologe der Gegenwart überhaupt: Barack Obama erwarb zuerst ein Diplom als Politikwissenschaftler, bevor er Jurist wurde und so in die Politik eintrat. Falsch ist allerdings die Vorstellung, Politikwissenschaftler seien die Politiker der Gegenwart. Zwar ist das ein mögliches Betätigungsfeld, auf das man mit dem Studium vorbereitet wird. Die meisten ziehen es jedoch vor, sich in den Dienst der Politik zu stellen und nicht selber Politik zu betreiben. Das hat auch mit dem Selbstverständnis der Disziplin zu tun, die sich als Dienstleistung anbietet, nämlich zu beantworten, was ist, und was geschieht, wenn man eine bestimmte Entscheidung trifft. Politikwissenschaft, könnte man sagen, ist eine Erfahrungswissenschaft die sich auf Formen, Ursachen und Konsequenzen politischer Entscheidungen bezieht.

Innerhalb der Wissenschaft unterscheidet man grob gesagt zwischen Lehre und Forschung. Beides wird vornehmlich an Universitäten betrieben. Doch nicht mehr nur, muss man heute beifügen. Als ich studierte, gab es Politologie, wie man es damals noch nannte, nur an der Uni Genf. An den deutschsprachigen Universitäten war es ein Nebenfach, das man belegte, wenn man Geschichte, Soziologie, Recht, Ökonomie oder Philosophie studierte. So war die Zahl der Politologen klein und die meisten fanden eine Anstellung als Forscher oder Dozenten an einer Uni. Heute ist Alles ganz anders. Gegenwärtig studieren 3000

junge Menschen in der Schweiz Politikwissenschaft. Jedes Jahr gibt es rund 300 AbsolventInnen. Viele davon arbeiten danach in einem verwandten Gebiet: im Journalismus, auf dem Generalsekretariat einer Partei, als Sachbearbeiter bei einem Verband, oder als Kommunikationsspezialistin eines Amtes. Zahlreiche PolitikwissenschaftlerInnen finden ihr Auskommen in internationalen Organisationen, in international tätigen Firmen oder in der Diplomatie.

### ***Die gfs und das Forschungsinstitut gfs.bern***

Ich gehörte zu den Ersten in der Schweiz, die einen Mittelweg suchten, nicht an der Uni bleiben, aber auch nicht in ein anderes Berufsfeld wechselten. Ich habe Geschichte und Soziologie studiert, und ich hatte immer ein grosses Interesse für Politik und Statistik. Da erschien mir die politikwissenschaftliche Forschung als geeignetes Betätigungsfeld. Doch entschied ich mich, nicht in die Grundlagenforschung zu gehen, welche Theorien, Methoden und Verfahren entwickelt, sondern in die Anwendungsforschung, die sich mit der Lösung von Problemen in der Politik beschäftigt.

Die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung, wie die gfs ausgeschrieben heisst, bot mir eine ideale Startgelegenheit. 1959 gegründet, ganz dem Geist der Konkordanz als schweizerische Form der Konfliktregelung verpflichtet, hatte sie sich zum Ziel gesetzt, die Methoden der Gesellschaftsforschung in der Schweiz zu propagieren, insbesondere um in der Politik wissenschaftlich fundierte, vernünftige Lösungen für Sachfragen zu entwickeln. Die Ausländerproblematik gehörte zu den ersten Betätigungsfeldern und sie führte unweigerlich zur Beschäftigung mit den berühmten Schwarzenbach-Abstimmungen der 70er Jahre. Das interessierte mich und ich heuerte, nebst meiner Teilzeit-Tätigkeit an der Uni Bern, 1986 beim gfs in Zürich an. 1992 begründete ich das Berner Büro, zu dessen Chef ich wurde, und seit 2004 sind wir zwei eigenständige Forschungsinstitute mit Sitz in Bern und Zürich, wobei mir das Berner Institut seit dann auch gehört. Gemeinsam haben wir eine Tochterfirma, den gfs-Befragungsdienst, der die Umfragen durchführt.

Im gfs.bern bin ich als Institutsleiter auch oberster Forschungsleiter. Ich bin für die strategische Ausrichtung zuständig. Die orientiert sich an unseren übergeordneten Zielen, wonach wir in den Bereichen Politik und Kommunikation, beschränkt auch Gesellschaft angewandte Forschung betreiben. Als Forschungsleiter obliegt es mir, neue Produkte anzuregen oder zu entwickeln, neue Kunden zu identifizieren und anzusprechen, und Offerten für konkrete Forschungsvorhaben anzuregen und mit meinen engsten Mitarbeitern zu diskutieren. In die eigentliche Forschungsarbeit bin ich dafür kaum mehr eingebunden. Ich sehe die Ergebnisse, manchmal im Frühstadium und helfe mit, sie zu vertieften Erkenntnissen zu entwickeln. Bei den Präsentationen vor dem Kunden bin ich in der Regel dabei und das gilt auch bei Medienauftritten. Das, was Bestand hält, kommt auch in die Lehre, die wir für Kunden und Öffentlichkeit betreiben. So unterrichte ich an den Hochschulen in St. Gallen, Zürich und Freiburg meist auf der Masterstufe und ich gebe an den Fach(hoch)schulen in Winterthur, Lausanne und Luzern Kurse. Die reichen von der Wahlforschung über empirische Politikforschung bis zur Meinungsbildung. Ich bin auch Dozent für Fragen der Demoskopie oder Umfrageforschung sowie für das Lobbying.

Für meine Arbeit am Institut stehen mir qualifizierte MitarbeiterInnen zur Seite. Die meisten von ihnen haben heute selber Politikwissenschaft studiert, gelegentlich auch Medienwissenschaft oder Psychologie. Selten beschäftigen wir auch ausgebildete Soziologen oder Betriebswirtschaftler. Zwei meiner festen MitarbeiterInnen sind mit mir in der Geschäftslei-

tung. Sie sind Senior-Projektleiter, was bedeutet, dass sie selber Projekte akquirieren und Kunden betreuen können. Zwei weitere sind Projektleiter und vor allem intern operativ tätig. Fünf weitere Personen bilden den Dienstleistungspool mit spezifischen Fertigkeiten, die es in unserer Arbeit regelmässig braucht. In der Regel ist eine Person davon PraktikantIn, die für sechs Monate bei uns schnuppert und bei Eignung und freien Stellen danach fest beschäftigt wird. Darüber hinaus haben wir einen eigenen Stab von MitarbeiterInnen im gfs-Befragungsdienst.

Zwischenzeitlich macht unsere Firma einen Jahresumsatz von rund drei Millionen Schweizer Franken. Dafür müssen wir etwa 50-60 Projekte pro Jahr akquirieren. Das entspricht ungefähr einem Projekt pro Woche und ebenso viele schliessen wir pro sieben Tage ab. Zentrale Kunden stammen aus dem Bereich der Verbände, etwas weniger aus Bund, Kantonen und Städten. Darüber hinaus sind wir für Medienverlage, Pharmafirmen, Energiewerke und Banken tätig. Die SRG übrigens, macht rund 7 Prozent unseres Umsatzes aus; ein eigentliches Klumpenrisiko mit erhöhter Abhängigkeit haben wir damit im ökonomischen Sinne nicht.

### ***Aus dem Forschungsalltag im gfs.bern***

Zu den wichtigsten Forschungsprojekten, die wir machen, gehören so genannte Monitore. Das sind Informationssysteme in einem bestimmten Themenbereich, die über die Zeit hinweg die Politik, die Medien und die Bürgermeinungen verfolgen. Ein solcher Monitor ist das Sorgenbarometer. Zu ihnen zählen aber auch der Gesundheitsmonitor, der Finanzmonitor, der Mobilitätsmonitor, der Familienmonitor und der Monitor zur Entwicklungshilfe. Der Sorgenbarometer existiert seit 1977; er wird von der Credit Suisse finanziert und regelmässig publiziert. Wir machen diesen seit 1995. Einmal jährlich stellen wir die zentralen Sorgen der Menschen in unserem Lande vor und zwar sofern sie sich dafür von der Politik Lösungen erhoffen. Gleichzeitig stellen wir uns die Frage, was es ausmacht, dass man sich mit der Schweiz identifiziert.

Ökonomen würden sagen, das folgt alles dem Konjunkturverlauf. Das ist zwar nicht ganz falsch, aber mächtig undifferenziert. Nicht einmal die Angst vor Arbeitslosigkeit folgt den Arbeitslosenzahlen auf den Schritt. Nehmen sie zu, verbreiten sich auch die Sorgen. Verringern sich dagegen die Arbeitslosenzahlen, bleiben die Sorgen noch ein bis drei Jahre auf erhöhtem Niveau bestehen. Die Sorge um die Arbeitsstelle ist auch kein spezielles Phänomen der Unterschichten mehr. Es hat zwischenzeitlich die Mittel- und Oberschichten erfasst. Die Sorge um das Gesundheitswesen folgt nicht dem Wirtschaftszyklus. Vielmehr wird sie durch die Erhöhungen der Krankenkassenprämien bestimmt. Das gilt auch für die Sorge um Asylfragen, die durch die Anzahl Neugesuche bestimmt wird, ob wir nun in wirtschaftlich guten oder schlechten Zeiten leben. In den letzten Jahren ziemlich konstant war, dass Fragen der Arbeitslosigkeit am meisten Menschen beschäftigen, gefolgt von Fragen der Altersvorsorge, des Gesundheitswesen, der Ausländerpolitik und der öffentlichen Finanzen.

In der jüngsten Zeit hat das auch Einfluss auf die Identität als Schweizer und Schweizerin gehabt. Die Migration und die Globalisierung der Welt haben das traditionelle Schweizbild mächtig verunsichert, gleichzeitig aber auch ein kräftiges Gefühl nach Sicherheit in der Heimat geweckt. Das alles prägt unsere Politik der Gegenwart in einem erheblichen Masse.

Forschung am gfs.bern besteht aber nicht nur in der Beobachtung der Aktualität oder in der Analyse von Trends in der jüngsten Vergangenheit. Forschung leistet man auch nicht nur, um ein neu auftretenden Phänomen zu betrachten.

### ***Theorien für die Praxis am Beispiel der Wahlforschung***

Forschung wird auch gemacht, um zu bleibenden Erkenntnissen vor zu stossen, die man in Form von sozialwissenschaftlichen Theorien zusammenfasst. Bei weitem nicht überall sind wir soweit, in einzelnen Fällen aber schon. Das betrifft etwa die Gesetzmässigkeiten der Meinungsbildung, oder jene der Wahlentscheidung. Lassen sich mich auch daraus einige Beispiele nennen.

Die älteste Theorie der Wahlforschung geht von der Familie als Ort aus, wo die Meinungsbildung stattfindet. In Familien werden auch Traditionen, die sich aus der sozialen Schicht ergeben, weitergegeben. So fallen die Wahlentscheidungen in Arbeiterhaushalten anders als in denen eines Bürgerhaushaltes. Und die wiederum sind verschiedenen von denjenigen, die man in einer Bauernfamilie trifft. Die Analyse der Familientraditionen bei Wahlentscheidungen zeigt zudem, dass die Konfession eine Determinante der Wahlentscheidung ist. Was ich bis jetzt gesagt habe, gilt vor allem in reformierten Gebieten. Während in katholischen Gebieten diese Unterscheidung nur beschränkt vorkommt und man meistens unabhängig von der sozialen Schicht eine Partei wählt.

So gut diese Theorie geeignet war, Wahlen in der Vergangenheit zu beschreiben, so wenig eignet sie sich für die gegenwärtige Gesellschaft. Denn das Kollektiv wie das Milieu in dem man lebt oder die Familie, in die man hineingeboren wurde, haben an prägender Wirkung verloren. Die Wahlentscheidungen fallen denn auch individueller aus.

Eine Möglichkeit, diese zu analysieren, ist der Vergleich der WählerInnen mit KonsumentInnen. Nicht die Familientraditionen entscheiden dann, sondern die Angebote. Keine Konstanz entsteht daraus, sondern ein mehr oder weniger häufiges Wechselwählen. Man bevorzugt jeweils die Partei, deren Programm oder KandidatInnen in genau dem Thema, das einem am meisten interessiert die Antworten anbieten, die einem am meisten entsprechen. Wahlentscheidungen sind dann wie Kaufentscheidungen. Man geht in die Migros, spricht in die Politik, schaut sich das Angebot, spricht die Parteien und KandidatInnen, an und man entscheidet sich für eine Leistung, spricht Programme, allenfalls auch anhand des Preises, spricht die Steuern, die sich aus der Wahl ergeben. Diese Vorstellung der Wahlforschung war lange populär, und sie ist es auch heute noch. Gewisse Parteien richten sich danach, es sind Volksparteien, wollen es allen ein wenig recht machen, und bewegen sich meist in die politische Mitte. Doch der Erfolg ist ihnen nicht mehr garantiert. Das hat mit einer dritten Theorie der Wahlforschung zu tun. Politik ist keine reine Kopfsache, sondern auch eine des Herzens. In der Politik zählen auch Emotionen. Und wer wählt, will sich mit dem Gewählten identifizieren können. Die Gefühlswelt ist der Sachentscheidung nämlich vorgelagert. Und so haben Parteien und KandidatInnen Erfolg, die ganz bewusst, Identifikationsmöglichkeiten anbieten: Mit Themen, aber auch mit SpitzenkandidatInnen. Mit Stilen und mit massenmedial wirksamen Ereignissen.

Einige Forschungsarbeiten sprechen schon davon, dass Wahlen in der Mediengesellschaft ganz neuen Gesetzmässigkeiten unterliegen. Was wir über Parteien wissen, entsteht kaum mehr aus unserem Alltag. Da verschwinden die Parteien nämlich zusehends. Dafür finden sie sich in den Medien oder im Internet, wo man viel mehr über sie erfährt, als man je aus

dem Geschehen im Dorf oder in der Stadt wusste. Medienimages werden dann wichtiger als Alltagserfahrungen. Und mit dieser Veränderung wird die Medienarbeit wichtiger als die Parlamentsarbeit. Medien sind jedoch nicht an Allem gleich interessiert - am meisten am Skandal, an der Person und am Ereignis. Die politischen Entscheidungen wiederum erscheinen nicht selten zu trocken. Symbolische Politik, die medienwirksam dargestellt werden kann, entscheidet dann Wahlen.

Das alles sind wissenschaftliche Anschauungen dazu, was bei Wahlen passiert und wie Wahlentscheidungen determiniert werden. Sie zu untersuchen, ist eine Aufgabe der Politikwissenschaft, denn es handelt sich ohne Zweifel um Entscheidungen. Dabei geht es weniger um die Frage, ob das alles gut oder schlecht sei. Vielmehr beschäftigt sich die Politikwissenschaft damit, was die Ursachen und Folgen sind und sie fragt, welche Auswirkungen das alles auf die Demokratie hat. Damit sie entscheiden kann, was Sache ist, darf sie aber nicht rein theoretisch vorgehen. Sie muss die Erfahrungen der Wissenschaft immer wieder mit den Erfahrungen der WählerInnen konfrontieren. Das eben nennt man empirische Wissenschaft, die unter anderem von unserem Institut betrieben wird.

Hierfür setzen wir regelmässig Umfragen ein. Diese sind nicht nur da, um abzuschätzen, wer gewinnt und wer verliert. Sie werden auch gebraucht, um Theorien zu testen. Das haben wir beispielsweise 2007 bei den Nationalratswahlen gemacht. Dabei konnten wir beobachten, dass ein halbes Jahr vor den Wahlen die folgenden Themen wichtig waren: der Klimawandel begünstigte die Grünen und die Ausländerkriminalität die SVP. Mit der Kampagne, die sich zusehends um die Frage kümmerte, soll Christoph Blocher Bundesrat bleiben oder nicht, verlagern sich die Entscheidungsgründe aber weg von den Sachfragen hin zu Personenfragen. SP und FDP haben das verschlafen und die Wahlen verloren. Die SVP war der grosse Wahlsieger, selbst wenn ihre Spitzenpolitik mehrheitlich angegriffen wurde. Wie stark sich die Wahlrealität unter dem Medieneinfluss von der politischen Realität entfernt hatte, zeigte der Nachgang zur Wahl. Als niemand mehr mit der Abwahl von Bundesrat Blocher rechnete, geschah es einfach, ohne dass man darüber lange in der Öffentlichkeit diskutiert hätte.

Die Wahlforschung gilt als Königsdisziplin innerhalb der Politikwissenschaft. Sie ist theoretisch und methodisch am weitesten entwickelt. Die Ansätze der Wahlforschung, die in den 50er-Jahren des 20. Jahrhundert an den amerikanischen Universitäten entwickelt worden waren, haben sich mehr oder minder weltweit durchgesetzt. Überall fragt man heute nach Familieneinflüssen, Nutzenorientierung, emotionalen Voraussetzungen und medialen Wirkungen. Das gilt auch für die Wahlforschung in der Schweiz und am gfs.bern. Bei weitem nicht in allen Teilgebieten der Politikforschung hat man einen solchen Standard erreicht. Doch wir arbeiten daran. So wie man das in der Anwendungsforschung macht und so wie empirische Politikwissenschaft ausgerichtet ist. Dabei folgen wir in starkem Masse dem Neubeginn der Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit, die in der Schweiz in den 70er-Jahren einsetzte und im deutschsprachigen Landesteil vor allem in den 90er-Jahren inner- und ausserhalb der Universitäten einen gewaltigen Aufschwung nahm.

### ***Theorieentwicklung aus der Praxis am Beispiel der Abstimmungsforschung***

Die Abstimmungsforschung ist deutlich weniger weit entwickelt als die Wahlforschung. Das hat zunächst mit den Untersuchungsmöglichkeiten zu tun. Demokratische Wahlen finden regelmässig in über 100 Staaten statt. Abstimmungen gibt es in grösserer Zahl in

nicht einmal einem Dutzend Staaten. Kein Staat kennt dabei soviel Anschauungsmaterial wie die Schweiz. Doch das ist nicht die einzige Einschränkung. Bei Wahlen geht es immer um das Gleiche: Parteien, allenfalls KandidatInnen für spezielle Ämter. Bei Abstimmungen geht es um Sachfragen aller Art. Deshalb lassen sich die Abstimmungsanalysen nicht gleich betreiben wie Wahluntersuchungen. Denn bei diesen geht man in der Regel von der letzten Wahl als Referenz aus und fragt letztlich nur nach den Veränderungen seither. Bei Abstimmungen gibt es häufig keine wirkliche Referenz, sodass die Erklärungen komplexer werden. All das hat zur Folge, dass es weltweit keine breit anerkannte Theorie der Abstimmungsforschung gibt, die man in der Praxis anwenden könnte. Vielmehr entstehen Theorien aus der Praxis, um zu vorläufigen Generalisierungen zu gelangen.

Die Abstimmungsforschung lehrt uns, dass Entscheidungen nicht ein für alle Male feststehen. Meinungsbildung findet hier in viel höherem Masse statt als bei Wahlen. Und Meinungsbildung ist etwas Dynamisches. Sie ist auch ein Teil der Mobilisierung, denn es müssen immer zwei Fragen gleichzeitig geklärt werden: Besteht eine Stimm- und eine Beteiligungsabsicht, resp. in welchem Masse entwickeln sie sich unter den Bedingungen von Abstimmungskämpfen? Bei Behördenvorlagen ist dabei entscheidend, ob das Thema im Alltag der BürgerInnen überhaupt relevant ist oder nicht. Das ist gerade bei obligatorischen Referenden nicht der Fall. Dann spielt die Meinungsbildung im Parlament resp. im Abstimmungskampf die alles entscheidende Rolle. Wenn ein Thema von Bedeutung ist, kann es zu einem Meinungsaufriss kommen, indem sich Unschlüssige auf eine Seite stellen oder, wenn das nicht möglich ist, sich nicht beteiligen. Seltener, aber nicht auszuschließen ist ein eigentlicher Meinungswandel, vom Ja ins Nein oder umkehrt. Das geschieht meist dann, wenn man nicht nur den unmittelbaren Anlass, sondern auch die Konsequenzen einer Entscheidung, die man nicht direkt bedenkt, in die Meinungsbildung mit einbezieht. Noch spezieller ist die Meinungsbildung bei Volksinitiativen. Denn sie greifen in der Regel ein Thema auf, das die Bevölkerung interessiert, das man kennt und das man auch schon verhandelt hat. Das sichert den Initianten Aufmerksamkeit und Sympathie. Letzteres muss aber nicht bestehen bleiben, etwa dann, wenn man nicht nur an das Problem denkt, sondern auch an die Probleme seiner Lösung. Das führt dann zum Zerfall der anfänglichen Sympathien und zu einem Rückgang der Zustimmung, weshalb Initiativen am Schluss eines Meinungsbildungsprozesses häufig scheitern.

Doch es gibt, wenn auch nicht häufig, auch das Gegenteil. Das ist immer dann der Fall, wenn eine Volksinitiative verdrängte Themen aufgreift und eine erste Grundsatzdebatte provoziert. Das war vor 20 Jahren bei der Abschaffung der Armee der Fall, und man kann auch die Abstimmung über die Minarett-Initiative unter diesem Aspekt untersuchen. Und unter dieser Bedingung zeigen die paar Spezialbeispiele, die man kennt, dass die Zustimmungsbereitschaft mit dem Abstimmungskampf nicht ab-, sondern zunimmt, gelegentlich auch zur Mehrheit werden kann.

### ***Schluss: Politikwissenschaft in der Praxis, früher und heute***

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Schluss kommen. Die ursprünglichen Wurzeln des Fachs, welche die griechischen Philosophen in der Antike gelegt hatten, haben dabei an Bedeutung verloren, wenn sie auch nicht ganz vergessen gegangen sind. Platon, einer der berühmtesten griechischen Philosophen, war auch einer der ersten Staatsdenker. Seine Überlegungen gipfelten in der Folgerung, Könige sollten Philosophen sein, und Philosophen sollten Könige sein. Platon glaubte an die Einsicht ausgewählter Personen in die Geschehnisse der Politik, weshalb man diese genau diesen Weitsichtigen überlas-

sen solle. Bereits sein Schüler Aristoteles zweifelt an dieser Reduktion der Politik. In den griechischen Stadtstaaten hatte er nämlich die Anfänge der Demokratie erlebt. Diese basierte darauf, dass die Menge der Freien, selbst wenn jeder Einzelne nicht perfekt ist, zusammen zu richtigen Auffassungen der guten Politik kommen können. Wichtig ist nur, dass sie miteinander verhandeln, einander respektieren, und gemeinsam nach dem Guten suchen.

Das wirkt sich bis in die Gegenwart aus. Nicolas Sarkozy, übrigens ein gescheiterter Politologiestudent, verfolgte wohl die Vorlesungen über Platon, fiel dann aber im Examen über Aristoteles durch. Wir SchweizerInnen sind gegenüber platonischen Vorstellungen der Politik skeptisch geblieben, doch sind wir bestrebt, die Vorteile von Aristoteles Weltanschauung zu perfektionieren. Ob das richtig oder falsch ist, kann die Politikwissenschaft bis heute nicht beantworten. Sie kann aber aufzeigen, was die Vor- und Nachteile sind, wenn das Volk nicht berücksichtigt wird, wenn es hier und da das Parlament wählen oder wie in der Schweiz auch die Sachpolitik bei Abstimmungen nachhaltig mitentscheiden kann.

Die zeitgenössische Politikwissenschaft versucht nicht mehr, gültige Antworten auf die Frage zu suchen, was das richtige politische System ist. Vielmehr akzeptiert sie verschiedene Systeme mit ihren Eigenheiten. Dafür stellt sie eine neue Frage, für die man ins Französische wechseln muss: „La science politique est la science du pouvoir.“ Im Deutschen gibt es zwei Übersetzungen davon: Zunächst ist die Politikwissenschaft die Wissenschaft der Macht. Sie fragt danach, was Macht ist, wie sie sich äussert und wie sie durch die Politik kontrolliert wird. Doch kann man den Satz auch wie folgt übersetzen: „Die Politikwissenschaft ist die Wissenschaft der Mächtigen.“ PolitikwissenschaftlerInnen finden sich also auch im Umfeld von Mächten in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Das gilt für die angewandte Forschung und Lehre ganz besonders, und es fordert uns tagtäglich heraus, die Nähe zu finden und die Distanz zu halten, um eigenständig genug zu bleiben. Das Kerngeschäft der Politikwissenschaft bleibt die politische Analyse. Nicht immer sind dazu Forschungsprojekte möglich, sodass die intellektuellen Fertigkeiten der Wissenschaftler gefragt sind. Das ist immer dann der Fall, wenn man eine Diagnose stellen muss. Auch das gehört zu unserem Geschäft. Anders als man häufig glaubt, zählt dagegen die Beratung nicht im eigentlichen Sinne zur Forschung. Politische Beratung ist denn auch bei uns wenig verbreitet.

Um ganz ehrlich zu sein: Als ich vor 20 Jahren mit diesem Geschäft begann, wusste ich nicht, worauf ich mich einlassen würde. Denn viele Vorbilder hatte ich in der Schweiz nicht. Das war auch meine Chance. Es ist aber auch mein Risiko, in Vielem der Erste zu sein. In den ersten drei Jahren als Institutsleiter habe ich keine Nacht durchgeschlafen. Immer wieder begann mein Alltag mitten im Dunkeln. Das ist heute nicht so häufig der Fall. Leiten Sie daraus aber ja nicht ab, ich hätte im Sinn, die Zukunft zu verschlafen. Ich werde wach bleiben.

Claude Longchamp